

Nach Europa – aber wie?

VON JOSEF JOFFE

„Europa“ war viele Jahre schlicht langweilig – die Heimat einer florierenden Brüsseler Bürokratie ohne Elan und Vision; ein Subventionstrog, an dem sich mächtige Interessengruppen gütlich taten; ein Gebäude, das zwar immer größer, aber nicht unbedingt wichtiger wurde. Zu „Europa“ fiel einem, nachdem die Begeisterung der frühen Jahre verflogen war, häufig bloß der harte Spruch Bismarcks ein: „Wer von Europa spricht, hat unrecht; das ist nur ein geographischer Begriff.“

Um so überraschender, daß inzwischen ein ganz anderes psychologisches Klima entstanden ist: Europa hat wieder Konjunktur. Die magische Zahl „1992“, die Vorausschau auf den großen, grenzenlosen Binnenmarkt, beflügelt nicht bloß die Vorstellungskraft, sondern schon die Wirklichkeit. Firmen und Konzerne – in Amerika und Japan ebenso wie in der EG – nehmen den Binnenmarkt längst vorweg. Amerikaner und Japaner bauen ihre Produktionsstützpunkte innerhalb der neuen Zollmauern aus; europäische Gesellschaften wie die britische GEC und die deutsche Siemens versuchen, elefantöse Allianzen auf die Beine zu stellen.

Kein Wunder auch: Da soll ein einziger Markt mit 320 Millionen Verbrauchern entstehen, und der soll wiederum einen stolzen Wachstumsschub gebären. Das Bruttosozialprodukt der Zwölf könnte allein durch das Niederreißen der Schranken um sieben Prozent steigen, was sich in einem Plus von einer knappen halben Trillion Mark und in fünf Millionen neuer Jobs niederschlagen würde. Indes fällt auf, daß die Wirtschaft mit ihrem Vorgriff auf 1992 bloß einer vertrauten Dynamik folgt, also der Verflechtung und Konzentration des Kapitals, das sich schon immer über Grenzen hinweggesetzt hat. Die Politik aber gehorcht ihrem eigenen Gesetz, und dieses ruht wie eh und je auf dem felsigen Fundament der nationalen Souveränität.

Magisches Datum

Ende nächster Woche werden die EG-Regierungschefs in Rhodos dieses Ur-Dilemma trotz einer bescheidenen Agenda wieder angehen müssen – ob sie es wollen oder nicht. Denn je mehr sich die Gemeinschaft dem magischen Datum von 1992 nähert, desto drängender schiebt sich die Souveränitätsfrage in den Vordergrund. Der Binnenmarkt ist ja nicht nur ein Problem von Zollschranken. Wenn diese fallen, geht es tatsächlich ans „Eingemachte“, denn ein gemeinsamer Markt erfordert die Angleichung vieler – knapp 300 – Regeln und Gesetze, welche die Staaten bislang im souveränen Alleingang bestimmt haben: Verbrauchssteuern (sie

schwanken zwischen null und 38 Prozent), Handelshemmnisse mit Dritten (Italien sperrt japanische Autos praktisch aus), die Vergabepaxis bei Regierungsaufträgen (bevorzugt werden überall die „Hoflieferanten“). Ein Binnenmarkt ohne Binnenwährung kann auch nicht funktionieren, aber welche Regierung will tatsächlich das Instrument der Geldmengensteuerung aus der Hand geben, wo doch dieses so entscheidend für die heimische Konjunktur und den Außenwert der Währung sein kann?

Die europäische Gretchenfrage lautet also: „Wie hältst du's mit der Souveränität?“ Die Regierungen sind dieser Frage viel zu lange ausgewichen, haben sich rhetorisch in den Mantel der „Vereinigten Staaten von Europa“ gehüllt, alldieweil sie in der tagtäglichen Politik *business as usual* betrieben: hier ein Vorteil für mich, da ein Kompromiß für dich. Da muß man einer Margaret Thatcher geradezu dankbar sein, daß sie als erste seit Charles de Gaulle wieder die Prinzipien in die Euro-Debatte geworfen hat. Sie tat's im Herbst in Brügge mit der vertrauten Verve, die allenthalben ein Aufheulen der Empörung provoziert hat. Verdient hätte Frau Thatcher (Spitzname: „Dschingis Khan“) allerdings mehr – nämlich eine rigorose, ehrliche Auseinandersetzung.

Ihre Kernsätze: Die „Zusammenarbeit zwischen unabhängigen, souveränen Staaten“ ist der beste Weg nach Europa; diese erfordert nicht die „Zentralisierung der Macht“ in den Händen einer „ernannten Bürokratie“. Zentrale Planung und feinmaschige Steuerung funktionieren nicht; der Vertrag von Rom sei eine „Charta der freien Wirtschaft“. „Wir können Grenzkontrollen nicht komplett abschaffen“, wenn wir unsere Bürger vor Drogen und Terroristen schützen wollen. Europa darf nicht „protektionistisch“ werden; es sei ein „Verrat“, wenn die EG nach innen Schranken niederrisse, um sie nach außen aufzutürmen.

Schlaflose Nächte

Solche Gedanken können ihren Widersachern in der EG nicht ganz fremd sein. In Wahrheit will niemand den „Eurokraten“ die Macht überlassen; in Wahrheit will zwischen Atlantik und Ägäis niemand seine nationale Identität auf dem Weg nach Europa verlieren (und erst recht nicht die Deutschen, die wieder einmal heftig nach der ihrigen suchen). Wie die Briten haben Holländer und Deutsche kaum Interesse an höheren Handels-hemmnissen; ihr Wohlstand ist existenziell mit dem Freihandel verknüpft. Und

der völlig ungehinderte Grenzverkehr bereitet nicht nur dem britischen Innenministerium schlaflose Nächte.

Maggie Thatcher sagt also, was viele denken – und bezieht dafür Prügel, weil sie den ungeschriebenen Comment nicht einhält, der besagt: Du sollst Europa stets im Munde führen, aber nicht unbedingt danach agieren. Da erfüllt Frau Thatcher eine Rolle, die zuvor Charles de Gaulle unter dem Banner des „Europas der Väterländer“ eingenommen hatte: Alle anderen konnten ungeniert auf dem Altar Europa opfern, weil sie sich darauf verlassen durften, daß ihnen hernach der General mit einem lauten „Non.“ in den Arm fallen würde.

„1992“ erfordert freilich nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern Unterschriften – und mehr: ein Bewußtsein dessen, was da auf Europa zukommt. Der Binnenmarkt wird gewaltige Kräfte freisetzen, und das ist gut so. (Man denke an das explosive Wachstum des Deutschen Reiches, nachdem Bismarck die unzähligen Kleinstaaten unter seiner Fuchtel zusammengeschirrt hatte.) Wer sich bislang hinter nationalen Schutzmauern verstecken konnte, der wird härter arbeiten müssen, um seine Konkurrenzfähigkeit nicht zu verlieren. Die Konsumenten werden freier unter billigeren Produkten auswählen können. Kapital wird dorthin fließen, wo es eine höhere Rendite erwirtschaften kann. Überkommene Strukturen werden erleiden, was der liberale Nationalökonom Joseph Schumpeter den Prozeß der „kreativen Zerstörung“ genannt hat.

Paradox Europa

Andrerseits ist die kontinentaleuropäische Gesellschaft, ob von links oder rechts regiert, nicht bereit, die Kehrseite der „kreativen Zerstörung“ zu akzeptieren. Die schwere Hand des Staates wird allemal eingreifen, um die Verlierer zu schützen und zu stützen. Das tut er heute schon – siehe die Kohle, den Stahl, die Landwirtschaft. Und daher das Paradox der europäischen Einigung: Je mehr die Staaten gezwungen werden, Teilstücke ihrer Souveränität aus der Hand zu geben, desto mehr werden sie sich mühen, diese anderswo zurückzugewinnen. So war es seit 1957, als der Römische Vertrag geschlossen wurde; so wird es nach 1992 sein, so denn das Datum tatsächlich eingehalten wird. Dies zu konstatieren, heißt nicht, „Europa“ zu schmälern. Es wird bloß auch auf lange Zeit noch ein „Europa der Staaten“ sein.

4.9